Erfahrungsgeleiteter Humanismus unter realen Machtbedingungen

Mein früherer Beitrag in der Hochschülerschaftszeitung, der Dialog mit Prof. DDr. Helmut Retzl, meine KI-Refeudalisierungsanalyse und Prechts Bildungskritik

Reflexion zum Gesamtessay „Von der Ingenieurkunst zur Weisheit des Verstehens“

aktualisierte Arbeitsfassung, 12. November 2026 · ergänzt um die Precht-Analyse

Quellenhinweis: Der ältere Beitrag liegt als einzelne Zeitschriftenseite Ausgabe Ende der 80-er Jahre vor; die zeitliche Einordnung erfolgt nach der Erinnerung des Autors. Meine Stellungnahme „KI und Gefahr einer neuen Abhängigkeitsordnung“ ist auf den 10. November 2026 datiert und wurde auf meiner Homepage veröffentlicht. Ein persönlicher Dialog mit Prof. Retzl wird sinngemäß, ohne vollständige Wiedergabe reflektiert.

Inhaltsverzeichnis

1. Rückblick: Ein Erfahrungsbericht mit einem Bildungsanspruch 2
2. Was bedeutet „Idealismus“ in diesem Zusammenhang? 2
3. Der realistische Einwand: Existenzbedingungen und Ethik 3
4. Bildung und Erziehung: Freiheit muss gelernt und ermöglicht werden 3
5. Konzentration digitaler Macht: ein reales Problem, aber keine allumfassende Herrschaft 3
6. Mein veröffentlichter KI-Essay: Refeudalisierung als Warnhypothese, nicht als feststehender Befund 4
7. Richard David Precht: Wenn die Antwort schneller kommt als das Verstehen 5
8. Wie können Demokratie und Selbstbestimmung handlungsfähig bleiben? 7
9. Die Brückenmethode des Weisheitskompasses als praktische Antwort 7
10. Schluss: Realismus ohne Resignation, Humanismus ohne Beschönigung 8
11. Nachtrag: Grundbildung als Voraussetzung demokratischer Mündigkeit (12. November 2026) 9
12. Prechts geschichtsphilosophische Herausforderung: Arbeit, Demokratie und Technofeudalismus 10
12.1. Was Precht tatsächlich vertritt – und was eine weitergehende Interpretation ist 10
12.2. Das zugrunde liegende Geschichtsbild: materielle Bedingungen, Anerkennung und Freiheitsanspruch 11
12.3. Die geschichtliche Einseitigkeit einer ausschließlich arbeitsbezogenen Demokratietheorie 12
12.4. KI als zweite Maschinenrevolution: ernst zu nehmende Gefahr, offene Prognose 12
12.5. „Technofeudalismus“: eine fruchtbare Warnmetapher mit Grenzen 13
12.6. Prechts „Sinngesellschaft“ und das bedingungslose Grundeinkommen 13
12.7. Das Menschenbild des Weisheitskompasses: bedingt, aber nicht entmündigt 14
12.8. Demokratie als korrigierbare Praxis statt als garantierter Geschichtsverlauf 15
Literatur und weiterführende Quellen zum Anhang 15
Redaktionelle Anmerkung 17

1. Rückblick: Ein Erfahrungsbericht mit einem Bildungsanspruch

Der Ausgangspunkt dieses Nachtrags liegt in einem Beitrag, den ich im Umfeld der JKU Hochschülerschaft unter der Überschrift „Über Studium und politische Parteimitgliedschaft - Gedankensplitter“ verfasst habe. Nach meiner Erinnerung gehört der Text in die Mitte bis Ende der 1980er-Jahre. Ich möchte ihn heute weder zu einer bereits ausgearbeiteten Theorie noch als Bekenntnis zu einem abstrakten Humanismus verstanden wissen. Was mich damals beschäftigte, waren beobachtete Umgangsformen im Studienalltag, die Anziehungskraft politischer Organisationen, die Bedeutung persönlicher Gesprächskultur und die Frage, was Studieren über die Ansammlung von Wissen hinaus leisten soll. Ich fragte danach, ob junge Menschen hinreichend Gelegenheit erhalten, eigene Standpunkte zu entwickeln, Annahmen in Lehrtexten zu prüfen und sich in fachwissenschaftlich wie menschlicher Hinsicht ein selbstständiges Urteil zu bilden. Solche Fragen erwuchsen aus Erfahrungen mit Institutionen und ihren konkreten Möglichkeiten, nicht aus einer Lehre von einem idealen Gesellschaftsentwurf. Der Beitrag hat gleichwohl eine normative Seite. Wer selbstständiges Denken, öffentliche Verantwortung und Dialog fordert, formuliert Maßstäbe, die über den bloßen Bericht von Beobachtungen hinausgehen. Es wäre ebenso verkürzend, jeden idealistischen Gehalt abzustreiten, wie den Text als wirklichkeitsfremden Idealismus zu lesen. Seine Stärke liegt im Übergang zwischen Erfahrung und der Frage nach guter Bildung.

Dass der Artikel im Umfeld einer studentischen Organisation erschien und zu Beteiligung einlud, darf nicht übersehen werden. Auch der Aufruf zu unabhängiger Urteilsbildung erfolgte innerhalb einer institutionellen und politischen Situation. Diese Spannung ist kein Grund, den damaligen Anspruch abzuwerten; sie zeigt vielmehr, wie notwendig Selbstkritik auch gegenüber der eigenen organisatorischen Zugehörigkeit ist.

Der Weisheitskompass mit seiner Brückenmethodik entstand erst später. Rückblickend kann ich in dem frühen Text eine Kontinuität meiner Fragestellungen erkennen. Ihn nachträglich als Darstellung des späteren Modells auszugeben, wäre historisch unzutreffend.

2. Was bedeutet „Idealismus“ in diesem Zusammenhang?

Prof. Retzl fasste meinen damaligen Standpunkt im persönlichen Austausch sinngemäß als humanistisch-idealistisch auf und stellte ihm die Erfahrung einer anders beschaffenen gesellschaftlichen Realität gegenüber. Ich verstehe diese Bemerkung als Anstoß zur Präzisierung, nicht als Geringschätzung meiner frühen Überlegungen.

Das Wort „Idealismus“ erweist sich als mehrdeutig. Es kann eine philosophische Position über die Bedingungen der Erkenntnis beschreiben, ein ethisches Festhalten an Menschenwürde und Bildungsidealen oder die unzureichend geprüfte Erwartung, gute Absichten würden bereits gute Wirkungen erzeugen. Diese Bedeutungen dürfen nicht ineinander übergehen. Mein damaliger Artikel formulierte Bildungs- und Mitwirkungsansprüche; er behauptete weder, soziale Interessen seien belanglos, noch, allein moralische Appelle könnten strukturelle Konflikte lösen.

Heute werde ich mein Anliegen als erfahrungsgeleiteten, selbstkritischen Humanismus (säkular oder christlich begründet) bezeichnen. Er hält an der Fähigkeit des Menschen zu Urteil, Verständigung und Verantwortungsübernahme fest, erkennt jedoch zugleich an, dass diese Fähigkeiten Bildung, materielle Sicherheit, soziale Beziehungen und funktionsfähige Institutionen voraussetzen.

3. Der realistische Einwand: Existenzbedingungen und Ethik

Der Hinweis auf Bertolt Brechts Satz „Erst kommt das Fressen, dann kommt die Moral“ aus der „Dreigroschenoper“ von 1928 ist in diesem Zusammenhang aufschlussreich. Er erinnert an die gesellschaftskritische Frage, welchen Wert moralische Forderungen haben, wenn die tatsächlichen Lebensbedingungen ihre Verwirklichung verhindern. [1]

Daraus folgt meines Erachtens jedoch nicht, dass Ethik erst nach vollständiger materieller Versorgung beginnen dürfte oder unter technologischem Druck bedeutungslos werde. Materielle Not, ungleiche Chancen und Abhängigkeiten begrenzen Handlungsspielräume; zugleich sind Grundsätze von Gerechtigkeit, Fürsorge und politischer Verantwortung auch für die Gestaltung eben dieser Bedingungen notwendig. Die Beziehung ist wechselseitig.

Ich kann Prof. Retzls Skepsis nicht widerlegen, indem ich die Wirklichkeit beschönige. Ich nehme sie als Korrektiv gegen einen Humanismus auf, der die Bedingungen seines eigenen Gelingens übersieht.

Mein Weisheitskompass unterscheidet zwischen dem, was empirisch der Fall ist, dem, was Menschen als sinnvoll erachten, und den Gründen, aus denen bestimmte Veränderungen gerechtfertigt erscheinen. Weder eine soziale Diagnose noch ein moralisch normatives Ideal darf die jeweilige andere Ebene einfach ersetzen.

4. Bildung und Erziehung: Freiheit muss gelernt und ermöglicht werden

Diese Einsicht hat unmittelbare Folgen für Pädagogik und Erwachsenenbildung. Selbstbestimmung lässt sich nicht allein als moralische Pflicht verlangen. Sie muss durch Gelegenheit zum Lernen, durch verlässliche Beziehungen, kritische Medienkompetenz und wirkliche Beteiligungsmöglichkeiten entwickelt werden. Wenn Erziehungsdefizite sichtbar werden, sollten wir zunächst ihre konkreten Erscheinungsformen und Bedingungen klären. Schwierigkeiten beim Urteilen oder im sozialen Verhalten können mit individuellen Erfahrungen, materiellen Belastungen, institutionellen Anforderungen oder fehlender Unterstützung zusammenhängen. Eine pauschale Schuldzuweisung an Familien, Schulen oder junge Menschen ersetzt keine fachliche Untersuchung. Pädagogische Verantwortung besteht vielmehr darin, Entwicklungsmöglichkeiten zu eröffnen und vorhandene Grenzen zu erkennen.

Der Europarat beschreibt demokratische Handlungskompetenzen ausdrücklich als Zusammenspiel von Werten, Haltungen, Fähigkeiten sowie Wissen und kritischem Verstehen. Das macht deutlich, weshalb politische Bildung weder als bloße Informationsvermittlung noch als moralische Belehrung ausreicht. [2]

Für mein Weisheitskompass-Modell bedeutet das: Eine begründete Entscheidung setzt nicht nur Wissen voraus, sondern auch die Fähigkeit, eigene Vorannahmen zu prüfen, andere Menschen als gleichberechtigte Gesprächspartner anzuerkennen und Folgen des eigenen Handelns abzuwägen. Der praktische Bildungsauftrag besteht darin, solche Fähigkeiten einzuüben, ohne den Lernenden das Ergebnis ihrer eigenen Urteilsbildung vorzuschreiben.

5. Konzentration digitaler Macht: ein reales Problem, aber keine allumfassende Herrschaft

Die Frage nach menschlicher Selbstbestimmung erhält unter den Bedingungen digitaler Plattformen und künstlicher Intelligenz eine neue Dringlichkeit. Eine kleine Zahl großer Unternehmen kontrolliert wichtige Zugänge zu Suchmaschinen, sozialen Netzwerken, Cloud-Infrastrukturen, App-Ökosystemen

und Teilen der KI-Wertschöpfung. Die Europäische Kommission beschreibt diese Konzentration ausdrücklich als Ausgangsproblem des Digital Markets Act; die OECD weist auf Konzentration und Zugangsbarrieren in KI-Märkten hin. [3][4]

Die zugespitzte Behauptung, einige Technologiemilliardäre werden „die Welt beherrschen", unterscheidet nicht ausreichend zwischen Vermögen, Marktstellung, politischem Einfluss und tatsächlicher Entscheidungsgewalt. Private Unternehmen können öffentliche Debatten prägen und Abhängigkeiten schaffen; daraus folgt nicht ihre uneingeschränkte Kontrolle über Staaten und Gesellschaften noch die Wirkungslosigkeit demokratischer Institutionen.

Diese Gefährdungen müssen konkret benannt werden: wirtschaftliche Eintrittsbarrieren, intransparente Empfehlungs- und Moderationssysteme, Konzentration von Nutzerdaten, Einfluss auf Informationszugänge und die Abhängigkeit öffentlicher wie privater Akteure von wenigen Infrastrukturen. Zugleich bieten digitale Technologien neue Möglichkeiten von Bildung, Vernetzung, Beteiligung und Kritik. Eine differenzierte Beurteilung muss Nutzen und Risiken getrennt untersuchen.

Pessimismus kann als Warnsignal berechtigt sein. Er wird allerdings erkenntnistheoretisch problematisch, wenn er von realen Machtkonzentrationen unmittelbar auf die Aussichtslosigkeit jeder Gegenmaßnahme schließt.

6. Mein veröffentlichter KI-Essay: Refeudalisierung als Warnhypothese, nicht als feststehender Befund

In meiner auf den 10. November 2026 datierten und auf meiner Homepage veröffentlichten Stellungnahme „KI und Gefahr einer neuen Abhängigkeitsordnung – Zur These einer gesellschaftlichen Refeudalisierung" habe ich den Gedanken einer neuen technologisch vermittelten Abhängigkeit ausdrücklich als prüfbare Warnhypothese formuliert. Der Text entstand im Zusammenhang mit dem Dialog über die Gefahr, dass gesellschaftlicher Einfluss und wirtschaftliche Handlungsfähigkeit zunehmend von einer kleinen Zahl digitaler Infrastrukturbetreiber abhängen könnten. Eine historische Gleichsetzung mit dem Feudalismus liegt mir fern. [7] Die Analogie beschreibt einen begrenzten Strukturvergleich: Grund und Boden waren in feudalen Ordnungen zentrale Voraussetzungen wirtschaftlicher Abhängigkeit; heute können Plattformen, Datenbestände, Rechenkapazitäten, Zugangsregeln und proprietäre KI-Dienste wichtige Bedingungen sozialer und wirtschaftlicher Teilhabe darstellen. Entscheidend ist nicht nur, ob eine Technologie Eigentümer hat, sondern ob andere Akteure auf deren Entscheidungen angewiesen sind, ohne gleichwertige Ausweichmöglichkeiten, ausreichende Transparenz oder wirksame Mitbestimmung zu haben.

Hier führt mein Weisheitskompass zu einer Unterscheidung. Eine beobachtbare Marktkonzentration ist ein wirtschaftlicher Befund; „Refeudalisierung" erweist sich dagegen als theoretische Interpretation dieses Befunds. Die politische Bewertung solcher Verhältnisse und die Frage nach geeigneten Gegenmaßnahmen bilden weitere, davon unterscheidbare Ebenen. Die Warnhypothese gewinnt durch nachvollziehbare Gründe, Vergleichsmaßstäbe und überprüfbare Folgen Aussagekraft – nicht durch den suggestiven Klang einer historischen Analogie.

Für den Arbeitsmarkt verweist mein veröffentlichter Beitrag auf eine Untersuchung der Internationalen Arbeitsorganisation aus dem Mai 2025. Dem zufolge arbeitet weltweit ungefähr jeder vierte Beschäftigte in einem Beruf, der generativer KI zumindest in gewissem Umfang ausgesetzt ist. Die Studie erwartet im Regelfall eher Veränderungen beruflicher Tätigkeiten als deren vollständige Abschaffung. Daraus ergibt sich weder Entwarnung noch die belastbare Prognose einer allgemeinen

Überflüssigkeit menschlicher Arbeit. Veränderungsdruck kann Verhandlungsmacht, berufliche Identität und Sicherheit betreffen, auch wenn Beschäftigung insgesamt erhalten bleibt. [8]

Auch die Verteilungsfrage würde ich differenziert betrachten. Eine Modelluntersuchung von Rockall, Mendes Tavares und Pizzinelli (2025) beschreibt unterschiedliche Wirkungskanäle: KI kann unter bestimmten Annahmen Lohnungleichheit verringern und zugleich Vermögensungleichheit durch höhere Kapitalerträge verstärken. Solche modellgestützten Szenarien sind keine sicheren Prognosen für Österreich. Sie machen jedoch plausibel, warum technologische Produktivitätssteigerungen und eine gerechte gesellschaftliche Teilhabe keineswegs automatisch zusammenfallen. [9]

Für Österreich führt die Frage weiter zu Sozialversicherung, Altersvorsorge und der Verteilung der Erträge einer zunehmend automatisierten Wirtschaft. Mein KI-Essay regt deshalb an, mögliche Ergänzungen der Pensionsvorsorge und eine breitere Beteiligung an Produktivitätsgewinnen miteinander zu diskutieren, ohne die bestehende Umlagefinanzierung oder ihre Übergangslasten zu übergehen. Dies ist als offene politische und wirtschaftliche Prüfungsfrage zu verstehen, nicht als wissenschaftlich bereits entschiedene Reformempfehlung. Unterschiedliche Finanzierungsmodelle haben nachweisbedürftige Verteilungs-, Risiko- und Anreizwirkungen.

Ebenso wichtig bleibt die demokratische Gestaltung digitaler Infrastrukturen. Transparente öffentliche Beschaffung, offene oder interoperable Standards, wirksames Wettbewerbsrecht, Datenschutz, betroffene Beschäftigte und zugängliche Weiterbildung sind unterschiedliche Ansatzpunkte, um Abhängigkeiten zu begrenzen. Keine einzelne Maßnahme beseitigt Machtkonzentration; gemeinsam können sie jedoch institutionelle Korrekturmöglichkeiten stärken. Mein Grundgedanke bleibt dabei: Der wirtschaftliche Wert einer Tätigkeit ist nicht mit der Würde eines Menschen und seinem Recht auf demokratische Teilhabe identisch.

Die Forschung diskutiert, ob beschriebene Entwicklungen sinnvollerweise als„Datenfeudalismus“, „Technofeudalismus“ oder als Veränderung des Plattformkapitalismus verstanden werden sollten. Unterschiedliche Begriffe lenken den Blick auf unterschiedliche Mechanismen. Mein Weisheits-kompass entscheidet diesen theoretischen Streit nicht durch eine neue Gesamtformel. Er verlangt, Eigentumsverhältnisse, technische Kontrolle, Arbeitsmarktwirkungen, Grundrechte und Verteilungsfragen getrennt zu prüfen und ihre Verbindung erst anschließend zu begründen. [10][11]

7. Richard David Precht: Wenn die Antwort schneller kommt als das Verstehen

Mein eigener früherer Beitrag über Studium und studentische Mitwirkung stellte bereits die Frage, ob Hochschulbildung in der bloßen Anhäufung von Fakten und verwertbaren Qualifikationen aufgehen darf. Diese lebenspraktische Frage erhält durch künstliche Intelligenz eine neue Aktualität. KI-Systeme können in Sekunden Textentwürfe, Zusammenfassungen und scheinbar plausible Erklärungen erzeugen. Das Tempo der Informationsbereitstellung darf dabei nicht mit der Geschwindigkeit begründeten Verstehens verwechselt werden.

Richard David Precht hat diese Spannung im Oktober 2026 mehrfach öffentlich thematisiert, insbesondere im Zusammenhang mit seinem Buch „Auserzählt? Wie künstliche Intelligenz die Kultur abschafft“. In einem Gespräch mit dem Philosophie Magazin und im Podcast „Lanz & Precht“ kritisiert er, dass verfügbare KI-Antworten die gedankliche Auseinandersetzung abkürzen können, die für Bildung, Neugier und die Ausbildung eigenständiger Urteilskraft benötigt wird. Seine Kritik richtet

sich somit nicht nur auf die Geschwindigkeit technischer Systeme, sondern auf die Gefahr, dass Menschen Antworten mit selbst erworbenem Verständnis verwechseln. [12][13][14]

Die weitergehende These, Informationen würden Universitäten und Hochschulen schneller erreichen, als diese sie verarbeiten könnten, verwende ich als Zuspitzung dieser Problematik. Für den Wortlaut lege ich keine überprüfte Äußerung Prechts vor. Zudem ist die Aussage in ihrer pauschalen Form noch zu grob: Universitäten sind nicht nur Empfänger von Informationen, sondern auch Orte ihrer Erzeugung, methodischen Prüfung, Kritik und systematischen Lehre. Wissenschaftliche Sorgfalt benötigt Zeit; ihre Verlangsamung gegenüber der bloßen Veröffentlichungsgeschwindigkeit erweist sich nicht automatisch als Mangel.

Die Herausforderung zeigt sich in einer Asynchronie: Neue Werkzeuge werden in Wirtschaft und Alltag oft schneller verbreitet, als Forschungsbefunde geklärt, Lehrpläne aktualisiert, Prüfungsformen angepasst und öffentliche Regeln ausgehandelt werden. Gleichzeitig wird wissenschaftliche Verifikation dort unverzichtbar, wo ungesicherte KI-Ausgaben den Anschein präziser Fachauskunft gewinnen. Die UNESCO berichtete 2025 über die wachsende, aber keineswegs einheitliche Entwicklung institutioneller KI-Regeln im Hochschulbereich. Aus solchen Beobachtungen lässt sich jedoch keine allgemeine Leistungsunfähigkeit der Hochschulen ableiten. [15]

Mein Weisheitskompass unterscheidet deshalb fünf Ebenen: Information als zugängliche Mitteilung; Wissen als sachlich begründete Aussage; Verstehen als Einsicht in Zusammenhang und Bedeutung; Urteil als abgewogene Bewertung; und Handeln als verantwortliche praktische Entscheidung. Das ist eine begriffliche Arbeitsunterscheidung meines Modells, kein Anspruch auf eine allgemeinverbindliche erkenntnistheoretische Stufenlehre. Zwischen diesen Ebenen dürfen keine unbegründeten Kurzschlüsse erfolgen. Eine KI-generierte Information wird nicht dadurch zur Erkenntnis, dass sie rasch, sprachlich überzeugend oder vielfach wiederholt erscheint.

Prechts Sorge um die Bildungsfunktion des eigenen Denkens ist aus meiner Sicht ein wichtiger Gesprächsimpuls. Seine teils weitreichenden kulturkritischen Prognosen müssen allerdings ebenso kritisch geprüft werden wie technologische Heilsversprechen. Die OECD gelangt im „Digital Education Outlook 2026“ zu einer differenzierten Bewertung: Allgemein verfügbare KI kann die Qualität abgegebener Arbeiten erhöhen, ohne dass dadurch automatisch nachhaltiges Lernen entsteht; pädagogisch gezielt gestaltete Anwendungen können dagegen unter bestimmten Bedingungen Lernprozesse unterstützen. Das spricht für die Bewertung konkreter Lehr-Lern-Szenarien anstelle eines unbedingten Verbots oder eines unkritischen Einsatzes. [16]

Für Schule, Hochschulen und Erwachsenenbildung sehe ich daraus einen gemeinsamen Auftrag erwachsen. Lernende sollen Begründungen rekonstruieren, Quellen vergleichen, Gegenargumente aushalten, Unsicherheit benennen und eigene Fragen entwickeln können. Zugleich benötigen Lehrende hinreichende Zeit, methodische Kompetenz und institutionellen Rückhalt, um KI-Einsatz kritisch zu begleiten. Bildung darf weder auf KI-Bedienkompetenz reduziert noch von den technologischen Möglichkeiten der Gegenwart abgekoppelt werden.

Darin zeigt sich für mich der Unterschied zwischen Reaktionsgeschwindigkeit und Urteilskraft: Eine schnelle Antwort kann nützlich sein; sie ersetzt nicht die Fähigkeit, ihre Herkunft, Geltung und Konsequenzen zu prüfen. Wo dieser Unterschied verloren geht, können gesellschaftliche Abhängigkeiten vertieft werden – nicht allein, weil wenige Unternehmen über Infrastruktur verfügen, sondern auch, weil viele Menschen das eigene Urteil zunehmend auslagern. Die Gegenbewegung

verlangt kein romantisches Zurück in die Vergangenheit, sondern die bewusste Pflege von Verstehen, Kritik, Dialog und demokratischer Mitwirkung.

Nicht die Informationsmenge entscheidet über Bildung, sondern die Fähigkeit, Informationen in begründete Erkenntnis und verantwortliche Urteile zu überführen.

8. Wie können Demokratie und Selbstbestimmung handlungsfähig bleiben?

Demokratische Selbstbestimmung ist unter solchen Bedingungen nicht bloß eine Frage guter Gesinnung. Sie benötigt verbindliche Regeln, wirksame Kontrolle, öffentliche Begründung und die Möglichkeit, Machtentscheidungen tatsächlich anzufechten. In der Europäischen Union zielt der Digital Markets Act auf die Begrenzung bestimmter Wettbewerbshemmnisse großer digitaler Gatekeeper. Der Digital Services Act verpflichtet besonders große Plattformen unter anderem zur Prüfung systemischer Risiken und zu gesteigerter Transparenz. Solche Regelwerke garantieren keinen Erfolg; sie zeigen aber, dass private digitale Macht rechtlich und institutionell nicht grundsätzlich unkontrollierbar ist. [3][5]

Eine weitere Möglichkeit liegt in deliberativen Beteiligungsverfahren, in denen Bürgerinnen und Bürger zu komplexen Fragen Informationen einholen, Argumente austauschen und Empfehlungen entwickeln können. Die OECD dokumentiert solche Verfahren in verschiedenen Mitgliedstaaten. Sie können Entscheidungsprozesse ergänzen, ersetzen aber weder gewählte Vertretungen noch rechtsstaatliche Verantwortlichkeit. Ihre Glaubwürdigkeit hängt wesentlich davon ab, ob Ergebnisse öffentlich nachvollziehbar behandelt werden und Beteiligung nicht zur bloßen symbolischen Geste verkommt. [6]

In der Praxis gehören dazu voneinander unabhängige Medien, zugängliche Forschung, überprüfbare Verwaltung, wettbewerbliche Alternativen, Datenschutz, gemeinwohlorientierte Bildungsangebote und Beteiligungsräume auf lokaler Ebene. Keine einzelne Maßnahme schafft demokratische Mündigkeit. Aber die Verbindung institutioneller Kontrolle mit gesellschaftlicher Bildung kann die Voraussetzungen eigener Urteilsbildung verbessern.

Dabei bleibt eine Spannung auszuhalten: Selbstbestimmung bedeutet nicht, von allen technischen und sozialen Abhängigkeiten frei zu sein. Sie beinhaltet unter realen Bedingungen die Möglichkeit, über relevante Entscheidungen mitzuentscheiden, Informationen kritisch zu beurteilen, Rechte geltend zu machen und wirksam an Korrekturen mitzuwirken.

9. Die Brückenmethode des Weisheitskompasses als praktische Antwort

Mein Weisheitskompass-Modell kennzeichnet weder eine umfassende Gesellschaftstheorie noch ein Programm zur automatischen Lösung politischer Konflikte. Sein Anspruch liegt im prüfbaren Verfahren des Urteilens: Unterscheiden, Begründen, Verbinden, Handeln und Überprüfen.

Am Beispiel digitaler Macht beginnt dieses Verfahren mit einer Unterscheidung: Welche Marktanteile, Abhängigkeiten und tatsächlichen Eingriffsmöglichkeiten sind belegt? Welche Aussagen sind Prognosen, welche politische Bewertungen, welche Ausdruck verständlicher Sorge? Anschließend müssen die Ursachenbehauptungen und möglichen Gegenmaßnahmen mit geeigneten Daten und Argumenten begründet werden.

Die Brücke zwischen den Erkenntnisbereichen entsteht danach: ökonomische Konzentrationsanalysen, technische Funktionsweisen, pädagogische Erfahrungen, Grundrechte, ethische Maßstäbe und

gegebenenfalls religiöse Sinnüberzeugungen werden nicht zu einer einzigen Wahrheit verschmolzen. Sie werden hinsichtlich ihrer jeweiligen Relevanz und Reichweite miteinander ins Gespräch gebracht.

Daraus können begründete Handlungsentscheidungen folgen, etwa eine Stärkung von Medienbildung, die Forderung nach nachvollziehbarer Regulierung oder die Erprobung geeigneter Beteiligungsformate. Ob solche Schritte wirken, muss anschließend überprüft und gegebenenfalls korrigiert werden.

Bei einer KI-generierten Aussage kann die Brückenmethode unmittelbar angewandt werden: Zunächst werden Tatsachenbehauptungen, Quellen, Unsicherheiten und Schlussfolgerungen getrennt. Danach wird geprüft, ob unabhängige Nachweise existieren, welche Interessen berührt sind und welche normativen Maßstäbe für eine Entscheidung gelten. Erst dann kann über die praktische Verwendung der Auskunft entschieden werden. Dieser Weg ist langsamer als das bloße Übernehmen einer Antwort, aber er macht das Urteil transparent und korrigierbar.

Dies ist der Sinn meines methodischen Grundsatzes: „Kein Perspektivwechsel ohne ausgewiesene Brücke.“ Die Brücke ersetzt weder Fakten noch Werte. Sie macht sichtbar, weshalb wir von einer Aussage zur nächsten übergehen dürfen – und wo dieser Übergang bisher nicht gerechtfertigt ist.

10. Schluss: Realismus ohne Resignation, Humanismus ohne Beschönigung

Im Rückblick erkenne ich in meinem frühen studentischen Beitrag noch kein fertiges Orientierungsmodell. Ich sehe eine erfahrungsbezogene Frage, die mich weiterhin beschäftigt: Wie lernen Menschen, unabhängig zu urteilen, sich mit anderen verständigungsfähig auseinanderzusetzen und für das gemeinsame Leben Verantwortung zu übernehmen?

Der Dialog mit Prof. Retzl verschärft diese Frage durch seinen berechtigten Hinweis, dass gute Absichten an gesellschaftlichen Bedingungen scheitern können. Die heutige Konzentration technologischer und ökonomischer Macht gibt diesem Einwand zusätzliches Gewicht. Sie rechtfertigt jedoch die Abwertung menschlicher Urteilskraft nicht, noch die Annahme, demokratische Selbstbestimmung sei heute bereits gegenstandslos. Mein Weisheitskompass setzt bewusst keinen Optimismus als Gewissheit voraus. Er versteht Weisheit als maßvolle Orientierungs- und Urteilskraft, die reale Abhängigkeiten anerkennt, unterschiedliche Geltungsansprüche prüft, den Sinn- und Transzendenzhorizont offenhält und verantwortliches Handeln trotz begrenzten Wissens ermöglicht.

Es geht mir nicht um eine Rückkehr zu einem ungebrochenen Idealismus. Vielmehr liegt mein Bemühen darin einen Humanismus (säkular, philosophisch oder christlich begründet), der die Wirklichkeit ernst nimmt und deshalb auf Bildung und Bewährung von Urteilskraft nicht verzichtet.

Mein früheres Anliegen einer erfahrungsgeleiteten Hochschulbildung, der realistische Einwand Prof. Retzls, meine heutige Warnhypothese digitaler Abhängigkeitsverhältnisse und Prechts Kritik der Sofortantwort treffen sich nicht in einer Supertheorie. Sie stellen vielmehr unterschiedliche Fragen an dasselbe praktische Problem: Wie bleiben Menschen unter Bedingungen materieller, institutioneller und technischer Abhängigkeit fähig, die Wirklichkeit zu erkennen, eigenständig zu urteilen und gemeinsam demokratisch zu handeln?

Realismus ohne Resignation, Humanismus ohne Beschönigung und Demokratie ohne die Illusion vollständiger Machtfreiheit: In diesem Spannungsfeld muss sich die Weisheit des Verstehens praktisch bewähren.

11. Nachtrag: Grundbildung als Voraussetzung demokratischer Mündigkeit (12. November 2026)

Die am 10. November 2026 veröffentlichten Ergebnisse der österreichischen individuellen Kompetenzmessung PLUS (iKM PLUS) für die achte Schulstufe geben dem vorhergehenden Gedankengang einen aktuellen empirischen Bezug. Der Bundesergebnisbericht fasst Erhebungen der Jahre 2023 bis 2025 zusammen. Demnach erreichen oder übertreffen 40 Prozent der untersuchten Schülerinnen und Schüler die Bildungsstandards in Mathematik, 41 Prozent im Bereich Deutsch (Lesen) und 54 Prozent im Bereich Deutsch (Schreiben). Nur 27 Prozent erfüllen die Standards sowohl in Mathematik als auch im Lesen. [17]

Die mediale Darstellung der Ergebnisse erweist sich als ein Beispiel für die Notwendigkeit begrifflicher Sorgfalt. Die Überschrift „Wie Kinder wieder lesen und schreiben lernen“ in der Kronen Zeitung vom 12. November 2026 [18] verdeutlicht in der Öffentlichkeit den Problemdruck, darf aber nicht so verstanden werden, als hätten alle Jugendlichen unterhalb der festgelegten Standards das Lesen oder Schreiben vollständig verlernt. Beim Lesen erreichen 38 Prozent die Standards teilweise und 21 Prozent nicht; dies sind unterschiedliche Kompetenzniveaus. Wer sich auf Bildungsforschung beruft, muss Unterschiede sichtbar machen, statt sie im Ausdruck einer umfassenden „Bildungs-Pleite“ einzuebnen.

Meine Beschäftigung mit dem Weisheitskompass verlangt, zwischen messbarem Befund, plausibler Erklärung, politischer Bewertung und möglicher Maßnahme zu unterscheiden. Bildungsminister Christoph Wiederkehr nennt in der Berichterstattung Bildschirmzeiten, Folgen der Schulschließungen während der Pandemie und Herausforderungen im Zusammenhang mit Migration. [18] Das sind im öffentlichen Diskurs relevante Erklärungsansätze; aus den hier berichteten Testergebnissen allein folgt jedoch nicht, welchen kausalen Anteil jeder dieser Faktoren hat. Nach den IQS-Daten unterscheiden sich die Ergebnisse zudem deutlich nach der sozioökonomischen Ausgangslage der Schulen. [17] Ohne Berücksichtigung solcher Bedingungen entsteht leicht aus einer Diagnose eine ungerechtfertigte Schuldzuweisung.

Aus meinem früheren Erfahrungsbericht über Studium und studentische Mitwirkung lässt sich rückblickend ein Zusammenhang erkennen, ohne ihn zum Vorläufer eines damals noch nicht entwickelten Modells zu erklären: Bildung darf nicht bei der Ansammlung von Wissen stehen bleiben. Sie benötigt selbstständiges Denken, Urteilsfähigkeit, Gespräche mit Andersdenkenden und Bereitschaft zur Überprüfung eigener Annahmen. Die aktuellen Zahlen erinnern jedoch daran, dass diese weiterführenden Fähigkeiten eine tragfähige Grundbildung voraussetzen. Wer Texte nur eingeschränkt verstehen kann, hat es schwerer, Quellen kritisch zu lesen, politische Argumente zu beurteilen, Rechte wahrzunehmen oder algorithmisch erzeugte Behauptungen zu überprüfen.

Hier trifft sich eine bildungspolitische Frage mit einem Dialog mit Prof. Retzl. Sein Hinweis auf materielle Existenzbedingungen verstehe ich als notwendige Realitätserprobung und nicht Gegenpol einer normativen humanistischen Bildungsidee. Von einem Kind, das ohne ausreichende sprachliche Förderung, verlässliche Lernbedingungen oder Unterstützung aufwächst, kann man kaum dieselben Voraussetzungen erwarten wie von einem Kind in einer förderlichen Umgebung. Pädagogische Verantwortung besteht darin, Unterschiede wahrzunehmen, wirksame Förderung anzubieten und Menschenwürde der Lernenden nicht an Leistungsmessung zu knüpfen. Schulische Förderung darf weder auf reine Stoffvermittlung reduziert, noch durch allgemeine moralische Appelle ersetzt werden.

Mit Richard David Prechts Kritik an vorschnell verfügbaren KI-Antworten gewinnt der Befund eine zusätzliche Dimension. Wenn Informationen schneller erzeugt und verbreitet werden, als sie von

Einzelnen und Institutionen sorgfältig geprüft werden können, wächst die Bedeutung von Leseverständnis und eigenständiger Urteilsbildung. Hochschulen und Schulen stehen dadurch unter Anpassungsdruck; die zeitaufwendige wissenschaftliche Prüfung ist jedoch nicht einfach ein Hindernis, sondern ein Schutz vor unbegründeter Gewissheit. Die entscheidende Frage: ob Lernende befähigt werden, Fragen zu stellen, Behauptungen zu prüfen und eigenständig zu verstehen, und nicht, ob KI Antworten liefern kann.

Für demokratische Selbstbestimmung bleibt diese Fähigkeit von grundlegender Bedeutung. Konzentrierte digitale Macht lässt sich nicht allein durch den guten Willen aufgeklärter Bürgerinnen und Bürger ausgleichen. Demokratie benötigt zugleich rechtliche Institutionen, öffentlich überprüfbare Entscheidungen, unabhängige Information und eine Bildung, die gesellschaftliche Teilhabe real ermöglicht. Der Ausbau von Leseförderung und die im November 2026 berichteten schulischen Unterstützungsmaßnahmen [18, 19] sind insofern prüfbare politische Antworten; ob sie hinreichend wirksam sind, kann erst durch angemessene Evaluation beurteilt werden.

Der Weisheitskompass stellt keine pädagogische Ersatztheorie auf, und liefert kein allgemeines Rezept gegen unzureichende Schulleistungen. Er bietet einen Rahmen, in dem empirische Bildungsbefunde, pädagogische Erfahrung, soziale Bedingungen, ethische Ansprüche und demokratische Zielsetzungen unterschieden und begründet aufeinander bezogen werden können. Der kritische Umgang mit der vorliegenden Schlagzeile zeigt seinen methodischen Kern: Kein Perspektivwechsel ohne ausgewiesene Brücke.

12. Prechts geschichtsphilosophische Herausforderung: Arbeit, Demokratie und Technofeudalismus

12.1. Was Precht tatsächlich vertritt – und was eine weitergehende Interpretation ist

Richard David Precht verknüpft in seinen gesellschaftsphilosophischen Arbeiten die Geschichte der Erwerbsarbeit mit der Entstehung moderner sozialer Ordnungen. In „Jäger, Hirten, Kritiker“ (2018) und „Freiheit für alle“ (2022) fragt er nach einer Gesellschaft, in der technische Produktivitätssteigerungen nicht bloß Beschäftigung verdrängen, sondern auch neue Möglichkeiten eines sinnvollen, selbstbestimmten Lebens eröffnen könnten. Die Verlagsdarstellung zu „Freiheit für alle“ beschreibt den angestrebten Übergang von der Erwerbsarbeits- zu einer Sinngesellschaft und nennt ein bedingungsloses Grundeinkommen als möglichen Baustein eines veränderten Sozialstaats. [20][21]

Im Interview von 2020 deutete Precht den Übergang von der feudalen zur bürgerlichen Ordnung stark über die Ablösung menschlicher Handarbeit durch Maschinen und sah in der Automatisierung geistiger Tätigkeiten einen neuerlichen historischen Umbruch vergleichbarer Größenordnung. [22] Dieser Deutungsrahmen macht den Zusammenhang zwischen Produktivkräften, gesellschaftlicher Anerkennung und politischer Macht sichtbar. Aus ihm folgt nicht zwingend, dass moderne Demokratie ausschließlich aus dem Bedarf an Arbeitskräften hervorgegangen sei oder mit einem Rückgang klassischer Erwerbsarbeit notwendig verschwinden müsse.

Der Bericht der „Salzburger Nachrichten“ vom 25. September 2026 dokumentiert Prechts Vortrag beim Philosophicum Lech unter dem Titel „Illiberaler Liberalismus? Freiheit verteidigen als Paradox“. Dort warnt er vor wachsendem Einfluss großer Technologieakteure, dem Vorrang technischer Effizienz gegenüber Freiheit, möglichen Anpassungszwängen durch KI sowie einer gesellschaftlichen Bereitschaft, Freiheiten zugunsten vermeintlicher Sicherheit preiszugeben. Das sind zugespitzte zeitdiagnostische und prognostische Aussagen. Der Artikel enthält hingegen keinen systematischen Nachweis, dass sich historisch bereits eine neue feudale Gesellschaftsordnung herausgebildet hat. [23][24]

Der Begriff „Technofeudalismus“ in diesem Anhang beschreibt eine analytische Einordnung der Debatte, nicht ein nur durch den SN-Artikel belegter Wortlaut Prechts. Die umfassendere These, die westliche Demokratie sei mit klassischer Erwerbsarbeit historisch „untrennbar“ verbunden, verstehe ich als diskutierbare Rekonstruktion seiner Argumentationsrichtung, nicht als wörtlich nachgewiesenen Satz. Hier verlangt mein Weisheitskompass eine Brücke zwischen Quellenbefund und Interpretation.

12.2. Das zugrunde liegende Geschichtsbild: materielle Bedingungen, Anerkennung und Freiheitsanspruch

Geschichtsphilosophisch lässt sich Prechts Erzählung als Deutung eines Zusammenhangs von technologischen Produktivkräften, wirtschaftlicher Arbeitsteilung und gesellschaftlichen Institutionen verstehen. Neue Arbeits- und Produktionsformen verändern demnach nicht nur Berufe, sondern auch soziale Abhängigkeiten, die Verteilung von Einkommen, die Formen wechselseitiger Anerkennung und die politischen Ansprüche auf Beteiligung. Diese Sicht weist eine strukturelle Nähe zu materialistisch orientierten Geschichtsdeutungen auf: Die Bedingungen des Produzierens und Lebens erscheinen nicht als Nebenschauplatz politischer Ideen, sondern als deren wichtige Voraussetzungen. Eine solche Nähe kann noch nicht als Gleichsetzung Prechts mit Marx, oder die Behauptung, er vertrete eine geschlossene marxistische Geschichtsphilosophie bewertet werden.

Das zugehörige Menschenbild wird spannungsreich. Einerseits erscheint der Mensch als verletzliches, auf materiellen Lebensunterhalt, gesellschaftliche Anerkennung und Zugehörigkeit angewiesenes Wesen. Erwerbsarbeit verschafft vielen Menschen Einkommen, soziale Sichtbarkeit und alltägliche Struktur. Andererseits wird der Mensch gerade nicht auf seine Funktion als Arbeitskraft reduziert: Er soll auch gestalten, lernen, Beziehungen pflegen, kulturell tätig sein und ein selbstbestimmtes Leben führen können. In Prechts Idee der Sinngesellschaft liegt ebenso ein humanistischer Anspruch, der menschliche Würde und Lebenssinn von der bloßen Verwertbarkeit auf dem Arbeitsmarkt lösen möchte. [20][21]

Eine ergänzende philosophische Perspektive bietet Hannah Arendts Unterscheidung von Arbeiten, Herstellen und Handeln. Sie hilft, die notwendige Versorgung des Lebens von schöpferischer Gestaltung und dem politischen Handeln unter Gleichen begrifflich zu unterscheiden. Axel Honneths Anerkennungstheorie verweist wiederum darauf, dass die gesellschaftliche Stellung des Menschen nicht allein über Einkommen, sondern auch über Rechte und soziale Wertschätzung bestimmt wird. Beide Ansätze führe ich hier als meine Vergleichsperspektiven an; - eine direkte Ableitung Prechts aus Arendt oder Honneth behaupte ich nicht. [25][26]

12.3. Die geschichtliche Einseitigkeit einer ausschließlich arbeitsbezogenen Demokratietheorie

Prechts Hinweis auf die politische Bedeutung der industriellen Arbeitsteilung ist historisch plausibel: Verstädterung, Gewerkschaften, soziale Bewegungen und neue Abhängigkeiten der Industriegesellschaft prägten den Kampf um politische Mitsprache und soziale Sicherung. Problematisch kann die Erklärung werden, wenn sie zur einzigen Ursache demokratischer Entwicklung erhoben wird. Aufklärung, Verfassungsbewegungen, politische Revolutionen, religiöse und weltanschauliche Konflikte, Kämpfe um Geschlechtergerechtigkeit und konkrete institutionelle Entscheidungen gehören ebenfalls zu dieser Geschichte.

Das britische Wahlrecht verdeutlicht diese Vielschichtigkeit. Noch vor 1918 waren erhebliche Teile der erwachsenen männlichen Bevölkerung vom allgemeinen Wahlrecht ausgeschlossen. Die Reform von 1918 weitete die politische Teilhabe erheblich aus, gewährte aber Frauen zunächst nur unter bestimmten Voraussetzungen das Wahlrecht; die gleichberechtigte Wahlberechtigung für Frauen und Männer wurde erst 1928 erreicht. Die Geschichte politischer Rechte kann nicht geradlinig als Belohnung für den ökonomischen Nutzen industrieller Arbeitskräfte erzählt werden. Sie war zugleich Ergebnis organisierter Forderungen nach Gleichberechtigung und rechtlicher Anerkennung. [27]

Für meinen Weisheitskompass erweist sich diese historische Korrektur als wesentlich. Eine wirtschaftliche Kausalerklärung kann politische Emanzipation erhellen, aber sie ersetzt weder die Prüfung konkurrierender Ursachen noch die normative Rechtfertigung demokratischer Gleichheit. Menschen sind nicht erst dann Träger gleicher Rechte, wenn ihre Arbeitskraft für Unternehmen unentbehrlich wird. Genau diese Unterscheidung bewahrt die Menschenwürde davor, von der Konjunktur oder der technologischen Nützlichkeit einer Tätigkeit abhängig gemacht zu werden.

12.4. KI als zweite Maschinenrevolution: ernst zu nehmende Gefahr, offene Prognose

Prechts Warnung gewinnt Gewicht, wo Systeme künstlicher Intelligenz Tätigkeiten verändern, die bisher qualifizierten Beschäftigten vorbehalten schienen. Wenn Textproduktion, Analyse, Programmierung oder Büroorganisation zum Teil automatisiert werden, können Beschäftigung, Verhandlungsmacht, Einkommen und berufliche Anerkennung unter Druck geraten. Wie weit diese Entwicklung führt, kann nicht aus der technischen Möglichkeit einzelner Anwendungen abgeleitet werden. Ob ein Beruf verschwindet, Tätigkeiten umgestaltet werden oder neue Aufgaben entstehen, hängt auch von Organisation, Kosten, Nachfrage, Qualifikationen, Regulierung und menschlicher Zusammenarbeit ab.

Die Internationale Arbeitsorganisation schätzt 2025, dass weltweit etwa jeder vierte Beschäftigte in einem Beruf mit gewisser Exposition gegenüber generativer KI arbeitet; die Untersuchung erwartet insgesamt eher Veränderungen von Tätigkeiten als deren vollständige Abschaffung. [8] Diese Daten widerlegen Prechts Warnung vor langfristigen Umbrüchen nicht. Sie widersprechen jedoch der Behauptung, eine massenhafte Entbehrlichkeit menschlicher Erwerbsarbeit sei als feststehender Befund nachgewiesen. Wir müssen zwischen technischer Ersetzbarkeit einzelner Aufgaben, tatsächlicher betrieblicher Einführung und gesamtgesellschaftlichen Beschäftigungsfolgen unterscheiden.

Bei der Verteilung technologischer Erträge besteht ebenfalls ein ernsthaftes Risiko. Eine modellgestützte IWF-Untersuchung von 2025 zeigt, dass KI je nach Annahmen die Lohnungleichheit teilweise verringern und zugleich die Vermögensungleichheit über höhere Kapitalerträge verstärken könnte. [9] Für die demokratische Handlungsfähigkeit wäre deshalb nicht nur entscheidend, wie viele Arbeitsplätze bestehen bleiben, sondern auch, wem produktive Infrastruktur gehört, wie Verhandlungsmacht verteilt ist und ob Menschen unabhängig von ihrem Marktwert Zugang zu Bildung, sozialer Sicherung und öffentlicher Mitwirkung behalten.

12.5. „Technofeudalismus“: eine fruchtbare Warnmetapher mit Grenzen

Mit dem Begriff „Technofeudalismus“ werden Abhängigkeitsverhältnisse hervorgehoben, die aus der Kontrolle weniger Unternehmen über Plattformen, digitale Zugänge, Rechenkapazitäten, Datensätze und Vermittlungsregeln entstehen können. Wer auf eine solche Infrastruktur angewiesen ist, ohne Wechselmöglichkeiten oder demokratische Kontrolle zu haben, kann einen Teil seiner wirtschaftlichen Selbstständigkeit verlieren. Damit nimmt die Metapher ein reales Problem in den Blick, das ich bereits in meinem eigenen KI-Essay als Risiko einer neuen Abhängigkeitsordnung untersucht habe.

Der Begriff bleibt unter Forschenden umstritten. Nicholas Gane und Jeremy Gilbert argumentieren in unterschiedlichen Analysen, dass die beobachteten Strukturen auch als neue Formen eines Plattformkapitalismus beschrieben werden können, ohne den Kapitalismus bereits für durch eine feudale Ordnung ersetzt zu erklären. [28][29] Der historische Feudalismus beruhte auf anderen rechtlichen, territorialen und politischen Voraussetzungen als heutige globale Digitalmärkte. Die Analogie kann deshalb aufmerksam machen; sie darf nicht an die Stelle einer Analyse konkreter Eigentumsverhältnisse, Wettbewerbsbedingungen, Vertragsbindungen und staatlicher Eingriffsmöglichkeiten treten.

Die im SN-Bericht wiedergegebene Warnung, technische Effizienz könnte zum dominierenden politischen Wert werden, halte ich für einen gewichtigen Einwand. Sie erinnert daran, dass nicht alles gesellschaftlich Wünschbare durch Beschleunigung, Automatisierung und Optimierung entschieden werden kann. Gleichzeitig ist der im Artikel angesprochene mögliche Verlust liberaler Demokratie keine unvermeidliche Zukunft. Die Europäische Union hat mit dem Digital Markets Act und dem Digital Services Act rechtliche Instrumente zur Begrenzung bestimmter Plattformrisiken geschaffen; die Durchsetzung und Wirksamkeit muss fortlaufend geprüft werden. [3][5][30]

12.6. Prechts „Sinngesellschaft“ und das bedingungslose Grundeinkommen

Der Gedanke, gesellschaftliche Anerkennung von dauerhafter Erwerbstätigkeit zu lösen, verdient eine offene philosophische Diskussion. Prechts Plädoyer für ein bedingungsloses Grundeinkommen stellt eine Antwort auf die Möglichkeit dar, dass technische Produktivität künftig stärker von menschlichen Arbeitsstunden entkoppelt wird. Es soll existentielle Sicherheit ermöglichen und Menschen Handlungsspielraum für Erziehung, Pflege, Lernen, kulturelles Schaffen und gesellschaftliches Engagement eröffnen. Diese Zielrichtung geht bereits in der Verlagsdarstellung zu „Freiheit für alle“ hervor. [21]

Eine solche Reform wird nicht bereits durch eine menschenfreundliche Absicht begründet. Zu prüfen wären Finanzierung, Auswirkungen auf bestehende Sozialleistungen und Pensionen, Arbeitsanreize, Preisentwicklungen, Verteilungsgerechtigkeit, regionale Unterschiede sowie die Frage, welche Tätigkeiten trotz geringerer Erwerbsbindung gesellschaftlich notwendig bleiben. Auch steuerliche Belastungen digitaler Wertschöpfung und die internationale Durchsetzbarkeit entsprechender Regeln sind keine gelösten Nebenfragen. Die von mir vorgeschlagene Diskussion über breitere Beteiligung an Produktivitätsgewinnen kann als ein möglicher Prüfpfad neben anderen verstanden werden, nicht als Gegenentwurf zu Prechts Grundeinkommen.

Wichtig scheint mir, Arbeit nicht mit Erwerbsarbeit gleichzusetzen. Sorgearbeit, Erziehung, gemeinschaftliches Engagement und politische Beteiligung stiften gesellschaftlichen Wert, auch wenn sie nicht oder nur teilweise entlohnt werden. Umgekehrt sollte die Möglichkeit sinnvoller Erwerbsarbeit nicht geringgeschätzt werden. Weisheit verlangt hier keine pauschale Lösung, sondern das genaue Unterscheiden von Existenzsicherung, persönlicher Sinnbildung, sozialer Anerkennung und politischer Teilhabe.

12.7. Das Menschenbild des Weisheitskompasses: bedingt, aber nicht entmündigt

Was folgt aus dieser Auseinandersetzung für mein Modell? Ich teile den Ausgangspunkt, dass menschliche Freiheit nicht losgelöst von materiellen, sozialen und institutionellen Voraussetzungen verstanden werden kann. Hier begegnen sich Prechts Warnung und der realistische Einwand Prof. Retzls, ohne dass beide identische Auffassungen vertreten müssten. Zugleich halte ich am Gedanken fest, dass der Mensch über seine Lebensbedingungen nachdenken, sich mit anderen verständigen und gemeinsame Regeln verändern kann. Der Mensch bleibt weder ein beliebig frei schwebendes Vernunftwesen noch ein bloßes Produkt ökonomischer oder technologischer Prozesse.

Der Weisheitskompass ergänzt die materiale und soziale Perspektive um kritisch-reflexive und gegebenenfalls philosophisch-theologische Fragen nach Würde, Sinn und Transzendenz. Der offene Sinnhorizont beweist keine bestimmte religiöse Wahrheit; er erinnert aber daran, dass der Wert eines Menschen nicht vollständig durch messbare Produktivität, digitale Verwertbarkeit oder ökonomische Effizienz beschrieben werden kann. Diese normative Orientierung muss sich ihrerseits Argumenten und Kritik stellen. Sie ist weder eine religiöse Ersatzwissenschaft noch ein vermeintlich überlegener Standpunkt außerhalb aller gesellschaftlichen Bedingungen.

Mein Grundsatz „Kein Perspektivwechsel ohne ausgewiesene Brücke“ wirkt gerade hier. Eine arbeitsmarktstatistische Feststellung begründet noch keine Anthropologie. Eine historische Deutung macht noch keine Zukunftsprognose zwingend. Eine Befürchtung über Konzernmacht beweist noch keine irreversible Abschaffung der Demokratie. Und eine moralische Forderung ersetzt nicht den Nachweis, dass ihre institutionelle Umsetzung möglich und gerechtfertigt ist. Die verschiedenen Aussagen müssen in ihren jeweiligen Geltungsbereichen geprüft werden.

12.8. Demokratie als korrigierbare Praxis statt als garantierter Geschichtsverlauf

Ein Unterschied zu einem geschichtsphilosophischen Fatalismus liegt für mich darin, Demokratie nicht als automatisch mit einer Wirtschaftsform entstehendes oder mit ihr zwangsläufig untergehendes System zu verstehen. Demokratie verstehe ich als eine historisch erkämpfte, rechtlich institutionalisierte und stets korrigierbare Praxis. Sie lebt von wirksamen Grundrechten, politischem Wettbewerb, unabhängiger öffentlicher Kritik, Bildung, rechtsstaatlicher Kontrolle und tatsächlichen Möglichkeiten zur Mitgestaltung. Die Gefahr technologischer Machtkonzentration kann diese Voraussetzungen schwächen. Ob sie ihre Geltung verlieren, hängt auch von menschlichen und institutionellen Entscheidungen ab.

Hier erhält Prechts im September 2026 formulierter Hinweis auf die mögliche Verengung demokratischer Streitkultur einen Gegenakzent: Wenn gesellschaftliche Unterschiede und Interessenkonflikte scharf hervortreten, bleibt die Fähigkeit zu begründetem Widerspruch unverzichtbar. Demokratische Freiheit verlangt nicht, dass alle denselben Sinnhorizont teilen. Sie verlangt, dass Menschen einander als Träger gleicher Rechte anerkennen und Entscheidungen öffentlich rechtfertigen können. Pädagogik und Erwachsenenbildung können diese Fähigkeiten fördern; sie ersetzen keine unabhängige Institutionen und demokratisch kontrollierbare Macht.

Der praktische Beitrag meines Weisheitskompasses erweist sich als begrenzt, aber konkret: Er führt von der Unterscheidung zwischen Befund und Deutung über die Prüfung von Gründen und Perspektivwechseln zu verantwortbaren Entscheidungen und ihrer nachträglichen Überprüfung. Ich kann mit diesem Modell keine gesellschaftliche Großentwicklung vorhersagen, jedoch einen methodischen Anspruch formulieren, an dem sowohl technologische Heilsversprechen als auch apokalyptische Prognosen geprüft werden können.

Als vorläufiges Ergebnis halte ich fest: Prechts Warnung erweist sich als ernst zu nehmender Impuls, weil Erwerbsarbeit, soziale Sicherheit und demokratische Einflussmöglichkeiten eng miteinander verflochten sind. Seine historische Erklärung bleibt meines Erachtens einseitig, wenn demokratische Gleichheit allein aus dem ökonomischen Bedarf an Arbeitskräften hergeleitet wird; seine technologische Zukunftsdiagnose beschreibt eine prüfbare Prognose. Für meinen Weisheitskompass bedeutet das: Realismus ohne Resignation, Humanismus (säkular oder christlich) ohne Beschönigung und demokratische Verantwortung ohne den Anspruch einer allumfassenden Theorie.

Literatur und weiterführende Quellen zum Anhang

[1] Brecht, Bertolt (1928): Die Dreigroschenoper. Der zitierte Satz ist aus dem Theaterstück bekannt. Verlagsinformation: https://www.theatertexte.de/nav/2/2/3/werk?ebex3=3&verlag_id=suhrkamp_verlag&wid=4506399

[2] Europarat: Reference Framework of Competences for Democratic Culture. Kompetenzmodell: https://www.coe.int/en/web/reference-framework-of-competences-for-democratic-culture/model

[3] Europäische Kommission (2026): Jahresbericht zum Digital Markets Act, COM(2026) 247 final, 21.05.2026. https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=CELEX:52026DC0247

[4] OECD (2026): Artificial Intelligence Markets, Full Report. https://www.oecd.org/en/publications/artificial-intelligence-markets_d531d73f-en/full-report.html

[5] Europäische Kommission: The Digital Services Act – Ziele, Risikoprüfung und Durchsetzung. https://digital-strategy.ec.europa.eu/en/policies/digital-services-act

[6] OECD (2025): Government at a Glance 2025, Abschnitt Citizen Participation and Deliberation. https://www.oecd.org/en/publications/government-at-a-glance-2025_0efd0bcd-en/full-report/citizen-participation-and-deliberation_52b90285.html

[7] Rieser, Norbert (2026): KI und Gefahr einer neuen Abhängigkeitsordnung. Zur These einer gesellschaftlichen Refeudalisierung. Eigene, auf den 10.11.2026 datierte Stellungnahme, 2 Seiten; auf meiner Homepage veröffentlicht

[8] Gmyrek, Paweł et al. (2025): Generative AI and Jobs: A Refined Global Index of Occupational Exposure. ILO Working Paper 140, 20.05.2025. https://www.ilo.org/publications/generative-ai-and-jobs-refined-global-index-occupational-exposure

[9] Rockall, Emma J. / Mendes Tavares, Marina / Pizzinelli, Carlo (2025): AI Adoption and Inequality. IMF Working Paper WP/25/68, 04.04.2025. https://doi.org/10.5089/9798229006828.001

[10] Saura García, Carlos (2024): Datafeudalism: The Domination of Modern Societies by Big Tech Companies. Philosophy & Technology 37, Artikel 90. https://doi.org/10.1007/s13347-024-00777-1

[11] Jiang, C. (2026): Digital despotism or platform capitalism? A critique of political economy against the theory of techno-feudalism. Critical Sociology. https://doi.org/10.1177/08969205261426490 (bibliografische Detailprüfung vor Veröffentlichung empfohlen).

[12] Precht, Richard David (2026): Auserzählt? Wie künstliche Intelligenz die Kultur abschafft. München: Goldmann, 2026. ISBN 978-3-442-30268-0.

[13] Precht, Richard David (2026): Der lange Weg zwischen Frage und Antwort ist eine stetige Arbeit an sich selbst. Gespräch mit Timm Lewerenz, Philosophie Magazin, 29.10.2026. https://www.philomag.de/artikel/richard-david-precht-der-lange-weg-zwischen-frage-und-antwort-ist-eine-stetige-arbeit

[14] ZDF (2026): Lanz & Precht, Folge 267, 16.10.2026. https://www.zdf.de/video/talk/lanz-precht-102/lanz-und-precht-folge-267-100

[15] UNESCO (2025): UNESCO survey: Two-thirds of higher education institutions have or are developing guidance on AI use. 02.09.2025; Umfrage unter 400 Antwortenden aus UNESCO-Chair-/UNITWIN-Netzwerken in 90 Ländern, nicht repräsentativ für alle Hochschulen. https://www.unesco.org/en/articles/unesco-survey-two-thirds-higher-education-institutions-have-or-are-developing-guidance-ai-use

[16] OECD (2026): OECD Digital Education Outlook 2026: Exploring Effective Uses of Generative AI in Education. Paris: OECD Publishing, 19.01.2026. https://doi.org/10.1787/062a7394-en

[17] Institut des Bundes für Qualitätssicherung im österreichischen Schulwesen (IQS) (2026): iKM PLUS – Sekundarstufe I 2023–2025, 3-Jahres-Ergebnisse; Bundesergebnisbericht veröffentlicht am 10.11.2026. https://www.iqs.gv.at/themen/nationale-kompetenzerhebung/3-jahres-ergebnisse/sekundarstufe-i-2023-2025

[18] Mladenova, Petja (2026): So sollen Kinder wieder Lesen und Schreiben lernen. Kronen Zeitung, online 11.11.2026; Printberichterstattung vom 12.11.2026. https://www.krone.at/4371456

[19] Bundesministerium für Bildung (2026): Lesepatenschaften werden ausgebaut: Bildungsministerium stellt 120.000 Euro für Leseförderung bereit, Mitteilung vom 17.09.2026. https://www.bmb.gv.at/Ministerium/presse/20260917.html

[20] Precht, Richard David (2018): Jäger, Hirten, Kritiker. Eine Utopie für die digitale Gesellschaft. München: Goldmann. Verlags-/Katalogangaben: https://books.google.de/books/about/J%C3%A4ger_Hirten_Kritiker.html?id=WM8BtAEACAAJ

[21] Precht, Richard David (2022): Freiheit für alle. Das Ende der Arbeit wie wir sie kannten. München: Goldmann, Originalausgabe, ISBN 978-3-442-31551-2. Verlagsbeschreibung über ÖGB-Verlag: https://shop.oegbverlag.at/freiheit-fuer-alle-9783442315512

[22] RedaktionsNetzwerk Deutschland (2020): Interview mit Richard David Precht zur neuen Arbeitsgesellschaft und zum „zweiten Maschinenzeitalter“. https://www.rnd.de/kultur/bestsellerautor-richard-david-precht-den-grunen-droht-die-spaltung-SZ4HSZWFKZEZJDZPSZUZZ3NHFE.html

[23] Salzburger Nachrichten / APA (25.09.2026): Richard David Precht warnt vor Rückabwicklung der Demokratie. Bericht zum Philosophicum Lech. https://www.sn.at/kultur/allgemein/richard-david-precht-warnt-vor-rueckabwicklung-der-demokratie-art-674976

[24] Philosophicum Lech (2026): Prof. Dr. Richard David Precht, „Illiberaler Liberalismus? Freiheit verteidigen als Paradox“; Vortrag am 25.09.2026. https://www.philosophicum.com/symposium-2026/vortragende/prof-dr-richard-david-precht

[25] Arendt, Hannah (1960): Vita activa oder Vom tätigen Leben. Stuttgart: W. Kohlhammer. Bibliografischer Nachweis: https://search.worldcat.org/de/title/168870809

[26] Honneth, Axel (1992): Kampf um Anerkennung. Zur moralischen Grammatik sozialer Konflikte. Frankfurt am Main: Suhrkamp. Bibliografischer Nachweis: https://catalogue.bnf.fr/ark:/12148/cb377479503

[27] UK Parliament: Women get the vote. Entwicklung des Wahlrechts 1918 und 1928 sowie Zusammenhang mit unterschiedlichen Emanzipationsbewegungen. https://www.parliament.uk/about/living-heritage/transformingsociety/electionsvoting/womenvote/overview/thevote/index/

[28] Gane, Nicholas (2024): Capitalism is capitalism, not technofeudalism. Journal of Classical Sociology, online 09.08.2024. https://doi.org/10.1177/1468795X241269293

[29] Gilbert, Jeremy (2024): Techno-feudalism or platform capitalism? Conceptualising the digital society. European Journal of Social Theory, online 05.09.2024. https://doi.org/10.1177/13684310241276474

[30] Rat der Europäischen Union: Digital Markets Act; Erläuterung zu Gatekeepern und Pflichten. https://www.consilium.europa.eu/en/policies/digital-markets-act/

Redaktionelle Anmerkung

Dieser Anhang umfasst eine eigenständige philosophisch-wissenschaftliche Reflexion, keine gemeinsam autorisierte Erklärung von Prof. Retzl oder Richard David Precht. Mein älterer Hochschülerschafts-Beitrag wird anhand einer vorliegenden Zeitschriftenseite interpretierend betrachtet, meine KI-Stellungnahme vom 10.11.2026 als Autorenquelle verwendet und Prechts Äußerungen anhand konkreter Veröffentlichungen eingeordnet. Die Aussage über die Verarbeitungsgeschwindigkeit von Hochschulen kennzeichne ich als meine Deutung, und nicht als belegtes Precht-Zitat. Empirische Studien und institutionelle Quellen werden mit ihren jeweiligen Grenzen berücksichtigt. Der Weisheitskompass bleibt ein heuristisches und normativ orientiertes Modell ohne behaupteten empirischen Universalnachweis. Der Abschnitt 12 unterscheidet explizit zwischen Prechts Aussagen in nachgewiesenen Quellen, der geschichtsphilosophischen Rekonstruktion des Autors und empirisch offenen Prognosen. Aus den referierten Analogien zu Technofeudalismus oder Geschichtsmaterialismus wird keine unmittelbare theoretische Zugehörigkeit Prechts abgeleitet.

Weisheitskompass

Erfahrungsgeleiteter Humanismus unter realen Machtbedingungen

Bildung – Arbeit – KI – Demokratie – Mensch

Mein früherer Beitrag
(Norbert Rieser, 1980er)

- Erfahrungsbericht aus Studium und Hochschulpolitik
- Bildung mehr als Wissensanhäufung
- Selbstständiges Denken, Dialog, Verantwortung

Prof. DDr. Helmut Retzl
(Realistische Perspektive)

- Hinweis auf materielle Existenzbedingungen („Erst kommt das Fressen …“)
- Gesellschaftliche Realität, Machtverhältnisse, Grenzen moralischer Appelle

Richard David Precht
(Gesellschaftsphilosophische These)

- Demokratie historisch eng mit Erwerbsarbeit verknüpft
- „Zweites Maschinenzeitalter“: KI ersetzt auch geistige Arbeit
- Gefahr eines „Technofeudalismus“ durch Machtkonzentration bei Tech-Konzernen
- Vorschlag: neue Sinn- und Arbeitsordnung (z. B. Grundeinkommen)

Der Weisheitskompass

Ein Brücken- und Orientierungsmodell

Aktuelle Herausforderungen

Digitale Macht
Konzentration von Kapital, Daten und Plattformen

Arbeitswandel durch KI
Veränderung von Tätigkeiten, Risiko sozialer Spaltung

Bildungsdefizite
Zu geringe Lese-, Schreib- und Rechenkompetenzen gefährden demokratische Mündigkeit



Humanismus
(normativ begründet)

Achtung der Menschenwürde, Freiheit und Verantwortung

Säkular begründet:
in Vernunft, Menschenrechten und humanistischer Ethik

— oder —

Christlich begründet:
in der Gottesebenbildlichkeit des Menschen, in Nächstenliebe und der Verantwortung für die Schöpfung

Ziel: Demokratische Selbstbestimmung sichern

Bildung stärken

- Grundkompetenzen (Lesen, Schreiben, Rechnen) sichern
- Kritische Medien- und KI-Kompetenz
- Urteilsfähigkeit und Dialogkultur
- Erziehung zu Verantwortung und Gemeinsinn

Rahmen fair gestalten

- Demokratische Regulierung digitaler Märkte und Plattformen
- Wirtschaftliche Teilhabe und soziale Sicherheit
- Arbeitswelt aktiv gestalten (Qualifizierung, neue Tätigkeitsfelder, faire Verteilung von Produktivitätsgewinnen)

Sinn und Teilhabe erweitern

- Menschliche Würde nicht nur an Erwerbsarbeit binden
- Engagement in Familie, Kultur, Ehrenamt und Gemeinwesen stärken
- Gesellschaftliche Teilhabe für alle ermöglichen (z. B. Grundeinkommensmodelle sachlich prüfen)

Kernaussage: Realismus ohne Resignation, Humanismus – säkular oder christlich begründet – und eine handlungsfähige Demokratie durch Bildung, faire Strukturen und verantwortliche Gestaltung.